Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsständern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Sonnabend, den 2. Oktober 1926 — Nummer 219

Auftakt zum Abwehrkampf!

Verstärkt die Kampffront! — Rüstet zum Kongreß der Werktätigen!

Der Streik in Hamburg

Hamburg, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Trotz Sabotage **der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie ist der Hafenarbeiterstreik in Hamburg ausgebrochen.** Kurz vorher **ist die Sektionsleitung des Verkehrsbundes zurückgetreten. Hildebrandt als Leiter der Hafenarbeitersektion erklärte, wir sehen blutenden Herzens die Entwicklung der Dinge** und stellen jedem Arbeiter frei, zu tun was er will. Gleichzeitig wurde **vom Verkehrsbund nach dem erneuten Streikbeschluß gegen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch den Reichsarbeitsminister ein Flugblatt herausgegeben, um die Kampfaufnahme zu verhindern und zur Fortsetzung der Arbeitsaufnahme aufzufordern, jedoch erfolglos. Die Kommunistische Partei hat sofort ein Gegenflugblatt herausgegeben, in dem der schamlose Verrat der Gewerkschaftsbureaukratie aufgezeigt und die Arbeiter zum Streik aufgefordert wurden. Die Führung des Kampfes liegt nunmehr in den Händen der erweiterten Lohnkommission, die sich zur Streikleitung konstituierte und in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern der SPD besteht.**

Der letzte Versuch zur Abwürgung des Kampfwillens fand auf der gestern morgen 9,30 Uhr im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Versammlung der Hafenarbeiterobleute statt. Als der einmütige Wille aller Anwesenden die Abstimmung der vorliegenden und zum Streik auffordernden Resolution verlangte, verließen Hildebrandt und alle anderen anwesenden Verbandsführer fluchtartig den Saal. Die Versammlungsleitung wurde von der Streikleitung fortgeführt. Nicht ein einziger Hafenarbeiter verließ die Versammlung, die 1400 Menschen faßte, während vor dem Gewerkschaftshaus die Hafenarbeiter in Massen versammelt waren, und auf den endgültigen Beschluß zur Streikdurchführung warteten. Alle zum Kampf aufrufenden Resolutionen wurden einstimmig angenommen, ebenso eine Resolution für Sammlungsmaßnahmen zur Unterstützung der Kämpfenden. Durch die vollständige Arbeitsniederlegung ruht jeglicher Verkehr im Hamburger Hafen. Kein Dampfer wird mehr geladen oder gelöscht. Vom Hamburger Senat, der sich aus 4 Demokraten, 4 Volksparteilern und 7 SPD-Senatoren zusammensetzt, ist bereits die Tenö eingesetzt, die auf Volkswagen in das Hafengebiet gebracht wird. Auf den Stempelstellen und Arbeitsnachweisen sind **starke Polizeikräfte stationiert.** Jeder, den man dort **bei einer Unterhaltung über den Streik** und seine Gründe, sowie Ziele antrifft, wird **sofort von der Polizei verhaftet und abgeführt.** Die Folgen dieser und anderer Maßnahmen **tragen bereits zur Stärkung des Kampfwillens bei und vermögen die glänzende Kampfstimmung nicht zu beeinflussen.**

Da man auch mit einem Schiedsspruch für das Verkehrsgewerbe gegen die geforderte Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung rechnet, ist auch hier mit einer Kampfaufnahme, wie ebenfalls von den Hafenarbeitern der anderen Hafenstädte an der Nord- und Ostsee in den nächsten Tagen zu rechnen.

Gegen die Verbindlichkeitserklärung des schamlosen Schandspruch des Schlichters haben die Hafenarbeiter einmütig den gefaßten Streikbeschluß wiederholt und sind nunmehr in den Streik getreten, um im Kampfe die beschlossenen Forderungen durchzusetzen. In einem Flugblatt des Verkehrsbundes versuchten die reformistischen Verbandsführer, noch in letzter Stunde den erneuten Streikbeschluß abzuwürgen und den Kampf unmöglich zu machen, wie es aus folgenden Worten des Flugblattes hervorgeht:

„Auf Grund der Verbindlichkeitserklärung ist den Organisationen alle Möglichkeit genommen, den durch Urabstimmung gefaßten Streikbeschluß durchzuführen."

Unverhüllt treten damit die reformistischen Verbandsführer gegen die einmütige Forderung der gesamten Hafenarbeiterschaft auf den Kampfplan, so daß die in den Streik getretenen Hafenarbeiter gezwungen waren, sich eine eigene Streikleitung zu wählen, die aus den Mitgliedern der bestehenden Lohnkommission sich zusammensetzt, der Sozialdemokraten, Parteilose und Kommunisten angehören.

Der Kampfbeschluß der Hamburger Hafenarbeiter und der bereits voll im Gange befindliche Streik muß von der gesamten Arbeiterschaft begrüßt werden. Alles gilt es daranzusetzen, die Kampffront der Hamburger Hafenarbeiter auf alle Nord- und Ostseehäfen auszudehnen. Unter dieser Voraussetzung wird es auch den Hamburger Hafenarbeitern möglich sein, in einheitlicher Front nicht nur zusammenzustehen und ihre berechtigten Forderungen siegreich durchzusetzen, sondern auch dem geschlossenen Widerstand des Unternehmertums im Bunde mit den reformistischen Verbandsführern zu trotzen, zur Verteidigung der Lebens- und Klasseninteressen aller Hafenarbeiter.

Der Kampf der Hamburger Hafenarbeiter muß nicht nur ein Signal für die gesamten Hafenarbeiter aller Nord- und Ostseehäfen, sondern auch für die Bergarbeiter und die gesamte übrige Arbeiterschaft sein, dem Beispiel der Hamburger Hafenarbeiter zu folgen. Mit allen Mitteln gilt es, diesen Kampf zu unterstützen, um ihn zum siegreichen Ende zu führen.

Vor dem Streik in Bremen

Bremen, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der vorgestern abend stattgefundenen starkbesuchten Mitgliederversammlung der Hafenarbeiter gab die Leitung des Deutschen Verkehrsbundes einen schlechten und absichtlich falschen Bericht über die Bewegung in Hamburg. Trotzdem war die Versammlung aufs höchste empört über die Ablehnung jeglicher Lohnerhöhungen und die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches. Es gelang die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches. Es gelang und die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches. Es gelang Sonntag zu verschieben. Gestern nachmittag fand eine spontane Versammlung der anwesenden Schicht der Hafenarbeiter statt, in der alle Redner die Unterstützung der Hamburger Hafenarbeiter und den sofortigen Eintritt in den Streik verlangten. Am Nachmittag traf auch hier eine Abordnung der Hamburger Hafenarbeiter ein, die sofort den Kollegen einen wahrheitsgetreuen Bericht über die Ereignisse erstattete. Die Bremer Hafenarbeiter werden bis Sonntag die Vorbereitungen für den Eintritt in den Streik getroffen haben.

Vor der Entscheidung in England

Von R. Palme Dutt, London.

Die Erklärung der Regierung an die britischen Bergarbeiter vom 17. September, die durch ihr Schreiben vom 24. September bekräftigt wurde, verkündet die Politik des harten Kampfes bis zum Ende. Alle Bemühungen der Bergarbeiterführer, einen Kompromißfrieden zu erreichen, sind gescheitert. Die von den Bergarbeiterführern angebotenen Zugeständnisse einer Herabsetzung der bereits abgebauten Löhne der Bergarbeiter, sowie der Annahme des heuchlerischen Samuel-Kohlenberichtes, Zugeständnisse, die von den Bergarbeitern selbst niemals gebilligt wurden und unter allgemeinem Protest erfolgten, haben kein Ergebnis geliefert und nur die Forderungen des Feindes härter werden lassen. Die letzte Hoffnung der Bergarbeiterführer, daß sie die Regierung als neutrale „dritte Partei" über den Klassen vor den Grubenbesitzern retten werde, hat sich als falsch und trügerisch erwiesen.

Hat diese Kapitulation in der Frage der Löhne seitens der Bergarbeiterführer den Frieden nähergebracht oder die Regierung veranlaßt, den Bergarbeitern zu helfen, wie vorausgesagt worden war? Im Gegenteil, die Haltung der Regierung wurde sofort härter. Die Vorschläge der Bergarbeiter hätten, wie die „Times" am 24. September erklärten, „vor fünf Monaten Frieden und Freude gebracht", jetzt wurde mehr verlangt. Die ihres Sieges sichere Bourgeoisie schraubte ihre Forderungen höher. Die Löhne waren hingeopfert worden; in der Frage der Arbeitszeit war ein Kompromiß vorgesehen: es blieb nur noch das Reichsabkommen, also die Anerkennung des Bergarbeiterverbandes, als das letzte zu zertrümmernde Bollwerk übrig. Die Grubenbesitzer erklärten, daß sie nur mit den Revieren verhandeln könnten, deren es nicht weniger als vierundzwanzig gibt. Die Regierung versuchte zunächst durch die Formulierung Churchills vom 8. September, die tatsächlich den Grubenbesitzern Revierverhandlungen zugestand, aber vorher eine Festlegung von „vereinbarten Grundsätzen" im Reichsmaßstabe sowie eine nachträgliche Bestätigung im Reichsmaßstabe vorsah, den Schein zu wahren.

Die reformistischen Führer klammerten sich sofort an diesen schwachen rettenden Strohhalm: Cook erklärte, daß die Regierung den Bergarbeitern „faires Spiel" sichern könnte, daß Churchill „stark" genug sei, um die Grubenbesitzer zu zwingen, usw.; der „Daily Herald" sprach täglich von Meinungsverschiedenheiten im Kabinett und davon, daß Churchill zurücktreten würde, wenn seine Politik nicht durchgeführt würde usw. Nur die Kommunisten erklärten, daß jegliche Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und den Grubenbesitzern durchaus nebensächlich sei, und daß die Arbeiter Toren wären, wenn sie von der Regierung Hilfe erwarteten, statt in ihr den Führer der feindlichen Kräfte zu erblicken.

Die Ereignisse gaben den Kommunisten bald recht und versetzten die reformistischen Führer in ohnmächtige Verblüffung und Empörung.

Eine neue Regierungserklärung über die Bedingungen verlautbart am 17. September:

1. Revierverhandlungen zur Vorbereitung vorläufiger Vorschläge. 2. Wiederaufnahme der Arbeit auf der Grundlage dieser Vorschläge. 3. Ein Reichsschiedsgericht hat Berufungen in Fragen, die durch Reichsabkommen geregelt zu werden pflegen, mit Ausnahme der Frage der Arbeitszeit, entgegenzunehmen und gesetzlich bindende Entscheidungen zu stellen.

Es ist also der letzte Punkt, das Reichsabkommen, durch diese Formulierung über Bord geworfen. Nicht nur sollen die Löhne herabgesetzt und die Arbeitszeit verlängert werden, sondern es soll auch dem Bergarbeiterverband jegliches Recht abgesprochen werden, in Zukunft für die Bergarbeiter das Wort zu führen. Der Bergarbeiterverband, dessen Einheit durch die zähe und aufopferungsvolle Arbeit von zwei Generationen geschaffen wurde, soll zerspalten und in seine Bestandteile zerstückelt werden.

Das Aufnehmen dieser äußerst reaktionären Forderung der Grubenbesitzer durch die Regierung, die die vereinigte Kapitalistenklasse vertritt, ist ein politischer Akt von allererster Bedeutung. Dies bedeutet, daß die Regierung und die Bourgeoisie entschlossen sind, aus dem erhofften Siege Vorteile bis zum letzten auszuschöpfen und daß der Angriff nicht nur gegen die Löhne und die Arbeitszeit gerichtet ist, sondern auch einen Angriff gegen die Organisation der Arbeiterklasse darstellt und im besonderen gegen den Bergarbeiterverband, nicht nur als die Organisation der Bergarbeiter, sondern als die Vorhut der Arbeiterklasse in wirtschaftlicher und politischer Organisation und Aktion, und als neue Ansätze einer revolutionären Entwicklung der Massen. Der Angriff auf den Bergarbeiterverband läuft parallel mit dem Angriff auf die Kommunistische Partei und mit der beabsichtigten Gesetzgebung gegen die Rechte der Gewerkschaften, sowie mit der bewaffneten Intervention gegen den nationalen Kampf Chinas und mit den Rüstungen gegen die Sowjetunion.

Der Kampf der Bergarbeiter wird mit jedem Tage mehr zu einem politischen Kampfe der gesamten Kapitalistenklasse, der von der konservativen Regierung gegen die Arbeiterklasse organisiert wird. Es sollen nicht nur die Löhne und die Arbeitszeit angegriffen werden, sondern auch die Organisation der Arbeiterklasse. Der Kampf im Bergbau ist

Sabotage der Bergarbeiter-Internationale

Kein internationaler Bergarbeiterstreik

Ostende, 1. Oktober. (Telunion.) Die Konferenz der Internationalen Bergarbeitergewerkschaft in Ostende hat den englischen Antrag auf Proklamierung des internationalen Bergarbeiterstreiks abgelehnt. **Die englischen Delegierten unter Führung von Cook hatten sich sehr lebhaft für diesen Antrag eingesetzt. Die Konferenzteilnehmer erklärten sich bereit, nach wie vor die Einfuhr von Kohle nach England nach Möglichkeit zu verhindern. Die amerikanischen und polnischen Bergarbeitergewerkschaften sind bei der Konferenz nicht vertreten.**

Mit der Ablehnung des Antrages der englischen Bergarbeiter auf Proklamierung des internationalen Bergarbeiterkampfes wird dem heldenmütig kämpfenden Grubenproletariat Englands ein schwerer Schlag versetzt. Die reformistischen Führer, die auf der letzten Konferenz in London beschlossen, den internationalen Solidaritätsstreik zu erklären, falls der Kampf in England nicht bis zum 30. September beendet sei, brachen ihr Wort, das sie damals in der Erwartung gegeben haben, daß bis zu diesem Zeitpunkt der englische Streik zusammengebrochen sei. Sie wurden aber enttäuscht und mußten sich jetzt entscheiden. Die reformistischen Bergarbeiterführer haben sich mit dieser Sabotageaktion erneut als Lügner und Verräter entpuppt. Die englischen Arbeiter sollen allein bleiben, das ist der Wille der Hulsemann und Co. Die deutsche Arbeiterschaft darf diesen Verrat nicht dulden. Jetzt erst recht gilt es, alle Kräfte einzusetzen, den englischen Bergarbeitern zu Hilfe zu eilen und durch praktische Solidarität ihren Kampf zu unterstützen und zum Siege führen zu helfen.

Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets werden aufgefordert, entsprechend diesem Aufruf den Streik zu organisieren, da nicht zu erwarten ist, daß die Konferenz in Ostende den Solidaritätsstreik beschließen wird.

In einer gestrigen Versammlung der Betriebsräte der Schachtanlage Diergart 3 wurde einmütig das aktive Vorgehen der Betriebsräte vom Beckerwerk begrüßt und die Entschließung vom Beckerwerk einstimmig zur eigenen gemacht. Der Betriebsrat setzt sich zusammen aus 4 Sozialdemokraten, 1 Christlicher und 4 Kommunisten. Es ist zu erwarten, daß noch andere Betriebsräte sich diesem Vorgehen anschließen werden. Am Sonntag finden mehrere Belegschaftsversammlungen statt, wo die Bergbaubelegschaften zu der Streikaktion Stellung nehmen. Der Kampf der Hamburger Hafenarbeiter hat innerhalb der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets große Sympathie ausgelöst und die Stimmung für eine aktive Bewegung gesteigert.

Solidaritätsaktion der Ruhrbergarbeiter

Essen, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Betriebsräte der Schachtanlage Beckerwerk haben einen Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrgebiets erlassen, worin sie zum Ausdruck bringen, daß jetzt auch unbedingt **von den deutschen Bergarbeitern der Streik durchgeführt werden muß zur Erringung menschenwürdiger Löhne und zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter.**

Selbsthilfe gegen die Unternehmersabotage

Dortmund, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) **Die Belegschaft der Zeche Margarethe ist zur Selbhilfe übergegangen und verhinderte den Abbruch der Zeche,** die der Stummkonzern aus brutalen Profitinteressen stillzulegen beabsichtigt. Tag und Nacht aufgestellte Arbeiterposten treten jedem entgegen, der etwas abbrechen will. Die Zechenverwaltung hat sich an das Polizeiamt gewandt. Dieses mußte jedoch den Einsatz von Polizei ablehnen, da es auch zu Streik zusammenstößen gekommen ist.